

## Nachrichten

Mindestens fünf  
Obdachlose erfroren

**Bielefeld** (epd/nd). Der strenge und lange Winter hat bislang mindestens fünf Kälteopfer unter wohnungslosen Menschen gefordert. Allein in den vergangenen vier Tagen seien zwei Obdachlose im Alter von 56 und 66 Jahren nachts am Kölner Hauptbahnhof sowie in einem Waldstück nahe der niedersächsischen Stadt Alfeld erfroren, teilte die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe am Mittwoch in Bielefeld mit. Angesichts der anhaltenden Wintertemperaturen appellierte der Dachverband der Wohnungslosenhilfe an die Kommunen, ihr Angebot an Unterkünften für Obdachlose für den Notfall aufzustocken sowie gegebenenfalls U-Bahnstationen oder öffentliche Gebäude für die Nacht zu öffnen. Für wohnungslose Frauen sollte es dabei die Möglichkeit einer separaten und sicheren Unterbringung geben. Seit 1991 sind den Angaben nach in Deutschland knapp 280 Wohnungslose erfroren. Nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft sind mehr als 248 000 Menschen wohnungslos. Rund 22 000 von ihnen leben auf der Straße.

Naturschutz-Chef  
tritt zurück

**Nürnberg** (dpa/nd). Der Vorsitzende des Bundes Naturschutz (BN) in Nürnberg, Günther Raß, ist nach umstrittenen Äußerungen in der BN-Mitgliederzeitschrift »Mauersegler« am Dienstag zurückgetreten. Im Vorwort der Januar-Ausgabe hatte Raß den Zuzug von Migranten für den Flächenverbrauch verantwortlich gemacht. Die Äußerungen hatten für Proteste gesorgt. »Migranten sollen und wollen sich auch bei uns in Nürnberg wohlfühlen. Doch schnell sind wir bei einem Problem«, schrieb Raß in der Zeitschrift. Die Natur profitiere nicht vom Zuzug. Neuer Wohnraum werde auf Kosten von Naturflächen geschaffen. »Wie viele Migranten/Ausländer verkraften wir? Wie viel Platz ist noch in Deutschland«, fragte Raß in dem Beitrag.

## Mit Lenin gegen Verfassungsschutz

MLPD verklagt Buchverlag wegen Diffamierung und fragwürdiger Quellen

Von Christian Klemm

**Wie glaubhaft sind Berichte des Verfassungsschutzes? Darüber wird zur Zeit vor dem Essener Landgericht verhandelt. Streitobjekt ist eine Veröffentlichung aus einem Wissenschaftsverlag.**

Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) befindet sich seit Sommer des vergangenen Jahres in einer juristischen Auseinandersetzung mit dem Schöningh-Verlag und zwei seiner Autoren. Die Partei sieht sich durch das Buch »Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?« von Rudolf van Hüllen und Harald Bergsdorf diffamiert und hat Klage auf Unterlassung eingereicht. Delikat daran ist, dass van Hüllen einst Leiter der Abteilung für Linksextremismus beim Verfassungsschutz war, und die Anschuldigungen gegen die MLPD sich auf Berichte dieser Behörde stützen. Bergsdorf war auch als Grundsatzreferent in der Landtagsfraktion der nordrhein-westfälischen CDU tätig.

Heute treffen sich die Streitparteien erneut vor dem Landgericht Essen. Der Geheimdienst – zuletzt wegen der Morde des »Nationalsozialistischen Untergrunds« arg in Bedrängnis gekommen – sitzt zumindest indirekt mit auf der Anklagebank.

Angeblicher Personenkult  
um Parteivorsitzenden

Die Genossen beanstanden die Behauptung, dass sich um ihren Parteivorsitzenden Stefan Engel »ein massiver, an die Vorbilder Stalin und Mao gemahnender Personenkult« entwickelt habe. Ihnen missfällt, dass die MLPD als eine »in marxistisch-leninistische Partei-form gekleidete Sekte« bezeichnet wird und die Autoren ihr vorwerfen, sie könne »enorm repressive Strukturen, die darauf zielen, die Mitglieder physisch und psychisch



Wahlkampfplakat der MLPD von 2009

Foto: dpa/Eibner Pressefoto

völlig ihrer Kontrolle zu unterwerfen«. Die Partei fordert, dass die entsprechenden Passagen entfernt oder unleserlich gemacht werden. Außerdem will die MLPD 10 000 Euro Schadensersatz erstreiten. »Weil diese Lügen über Bibliotheken, Schulen und Medien weit verbreitet werden«, so die Marxisten in einer Mitteilung.

Wenig glaubhafte Beweise  
für Behauptungen

Vermutlich würde Schöningh lieber mit anderen Publikationen Aufmerksamkeit erregen als mit dem Werk von Bergsdorf und van Hüllen, zur Zeit findet der Verlag aber vorwiegend in seiner Auseinandersetzung vor dem Landgericht öffentliche Erwähnung. Das Buch schleppt er wie einen Klotz am Bein seit der Veröffentlichung vor zwei Jahren mit sich herum. Offiziell Stellung nehmen wollten die Paderborner zu der Unterlassungsklage allerdings nicht. Zumindest nicht gegenüber dieser Zeitung.

Im Oktober gab es bereits einen Verhandlungstermin. Die Verteidigung der Autoren bemühte sich hier, die von der MLPD beanstandeten Passagen mittels Berichten des Verfassungsschutzes zu belegen. Ohne großen Erfolg. Die Vorsitzende Richterin erklärte die Beweise für nicht ausreichend. Ein Etappensieg für Engel und seine Partei, der den deutschen Inlandsgeheimdienst ziemlich alt aussehen lässt.

Ob es van Hüllen und Bergsdorf gelingen wird, das Gericht noch zu überzeugen, bleibt abzuwarten. Es wird darauf ankommen, welche weiteren Quellen beide für ihre Behauptungen vorweisen können. Verlieren sie den Prozess, büßt nicht nur der Verfassungsschutz weiter an Glaubwürdigkeit ein, auch der Ruf der Autoren als Wissenschaftler wäre darin beschädigt. Wenn er das nicht bereits jetzt ist.

IG Metall  
stimmt  
Sanierung zuBetriebsräte streiten  
um Opel-Strategie

**Frankfurt am Main/Bochum/Eisenach** (Agenturen/nd). Der Sanierungstarifvertrag für den angeschlagenen Autobauer Opel tritt in Kraft. Der IG-Metall-Bundesvorstand stimmte dem Vertrag zu, wie die Gewerkschaft am Mittwoch in Frankfurt am Main mitteilte. Er gilt für die Standorte Eisenach, Rüsselsheim, Kaiserslautern und Dudenhofen, nicht aber für Bochum. Dort hatten die IG-Metall-Mitglieder das Papier aus Sorge um eine Abwicklung des Werks abgelehnt.

Der Tarifvertrag sei die »bestmögliche Lösung« unter den gegebenen Bedingungen und sichere Arbeitsplätze, sagte der IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber am Mittwoch. Betriebsbedingte Kündigungen seien zudem bis Ende 2016 ausgeschlossen. Weil Bochum die Vereinbarung abgelehnt hat, sind dort betriebsbedingte Kündigungen ab Anfang 2015 möglich. Opel will die Produktion dort Ende 2014 auslaufen lassen.

Der Bochumer Betriebsratsvorsitzende Rainer Einenkel kritisierte am Mittwoch in Bochum die Opel-Strategie der IG Metall. Ob mit der angedrohten Schließung des Bochumer Werks andere Standorte dauerhaft gesichert werden könnten, müsse sich erst zeigen. Einenkel warf Gewerkschaft und Gesamtbetriebsrat erneut vor, die Verhandlungen mit dem Management über die Köpfe der Bochumer Belegschaft und ihrer Vertreter hinweg geführt zu haben. Opel-Gesamtbetriebsratschef Wolfgang Schäfer-Klug wies die Vorwürfe scharf zurück. »Einenkel verschweigt schlichtweg die Tatsache, dass es ohne die Solidarität der anderen Standorte unter dem gemeinsamen Dach der IG Metall niemals Verhandlungen überhaupt zur Zukunft des Standorts Bochum gegeben hätte«, sagte er am Mittwoch in Rüsselsheim.

Rechnungshof mit Unbekannten

Mindestlohnsignal